



Hola aus Guatemala,

mit Beiträgen zur aktuellen Entwicklungen melden wir uns zurück. Anfang Juli wurde ein Bauernanführer im Fall Finca Nueva Linda in den USA verhaftet und wurde bereits nach Guatemala ausgeliefert. Nach jahrelangem Widerstand gegen das kanadische Bergbauunternehmen Goldcorp konnte sich die Bevölkerung in San Marcos über das Urteil der Interamerikanischen Menschenrechtskommission freuen, als diese die einseitige Schliessung der Mine anordnete. Ebenso befinden sich die Gemeinden des Departemens Quiché im Widerstand gegen nationale und internationale Megaprojekte und präsentierten ihre Stellungnahmen im Kongress.

Zudem möchten wir euch herzlich zum diesjährigen Volksstimmefest im September einladen, bei dem auch die Guatemala-Solidarität vertreten sein wird.

Das Team der Guatemala-Solidarität

---

### **Veranstaltungsankündigung:**

#### **Volksstimmefest**

Am 4. und 5. September findet auch heuer wieder das Volksstimmefest auf der Jesuitenwiese im Prater statt. Auch dieses Jahr wird die Guatemala-Solidarität mit einem Stand vertreten sein und heisst euch alle herzlich willkommen. Das gesamte Programm kann auf folgendem [LINK](#) abgerufen werden.

---

#### **Bauernanführer im Fall Finca Nueva Linda in den USA verhaftet**

Seit mittlerweile sechs Jahren hält eine Gruppe von früheren ArbeiterInnen der Finca Nueva Linda, im Departement Retalhuleu, den Eingang zur Finca besetzt, nachdem Héctor Reyes, ehemaliger Verwalter der Finca, im September 2003 auf mysteriöse Weise verschwunden und bis heute nicht aufgetaucht ist. Bei einer gewaltsamen Räumung der Finca Nueva Linda im August 2004 war es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei, bewaffneten Sicherheitskräften und den Familien gekommen, die mit der Besetzung gegen das Verschwinden von Hector Reyes protestierten. Bei der Räumung kamen neun Bauern und drei Polizisten ums Leben. Der Fall befindet sich mittlerweile vor der Interamerikanischen

Menschenrechtskommission.

Auf der anderen Seite warten die Familien bis heute auf die Zahlungen des Sekretariats für Landfonds, um ein neues Gut zu kaufen und nach jahrelanger Besetzung ihr Leben neu aufbauen zu können. Trotz zahlreicher Gespräche mit VertreterInnen der Regierung hat das Warten noch immer kein Ende.

Zusätzlich waren die ehemaligen ArbeiterInnen in ihren Zelten vom Wirbelsturm „Agatha“ im Mai dieses Jahres stark betroffen. Beinahe alle ihre notdürftigen Hütten sowie Haushaltsmaterialien wurden zerstört oder beschädigt. Der Großteil der Hütten konnten wieder aufgebaut werden, was allerdings eine erhebliche finanzielle Belastung für die Familien darstellte. Zahlreiche Regionen in Guatemala sind weiterhin von starken Regenfällen und Erdbeben betroffen und mehr als 3000 vom Tropensturm Agatha betroffenen Personen verweilen weiterhin in Herbergen. Wir möchten uns im Namen der gesamten Guatemala-Solidarität und im Namen der Familien an dieser Stelle herzlich für die großzügigen Spenden bedanken, die den ehemaligen ArbeiterInnen der Finca Nueva Linda eine große Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Zeltlager waren und ihnen erlauben, ihren Kampf für Gerechtigkeit weiterzuführen.

Weitere Neuigkeiten ereigneten sich Anfang Juli, als der 49-jährige Lázaro Cruz Samayoa in Los Angeles (USA) nach einer Polizeikontrolle gefasst wurde. Er wird beschuldigt, einer der Anführer der ArbeiterInnen gewesen zu sein, als es zu der gewaltsamen Räumung der Finca im Jahr 2004 kam, und nach ihm wurde seither mittels eines internationalen Haftbefehls gefahndet. Lázaro Cruz Samayoa wurde am 15. Juli nach Guatemala ausgeliefert und sitzt zurzeit im Gefängnis der Hauptstadt Guatemalas. Ihm werden zahlreiche Delikte zur Last gelegt, unter anderem schwere Körperverletzung, öffentliche Einschüchterung, Nötigung, Anstiftung zum Aufstand, Ungehorsamkeit, und Diebstahl. Bisher ist er der einzige Angeklagte dieses Massakers. Während in den Reihen der BäuerInnen nach Schuldigen gesucht wird und bereits drei Haftbefehle verhängt worden sind, gibt es, trotz zahlreicher Beweise, keine Untersuchungen auf Seiten der staatlichen Ordnungskräfte, weder im Fall von Hector Reyes, noch im Fall der im Rahmen der Räumung ermordeten BäuerInnen. Anfang August wurden allerdings internationale Haftbefehle gegen Erwin Sperisen, ehemaliger Direktor der nationalen Polizei, und Javier Figueroa, ehemaliger Subdirektor der Abteilung für Ermittlungen der nationalen Polizei, erlassen, verdächtigt an der außergerichtlichen Hinrichtung von sieben Häftlingen im Jahr 2006 mitverantwortlich zu sein. Sie sind ebenso mitverantwortlich an der Planung der gewaltvollen Räumung der Finca im Jahre 2004. Vergangenes Jahr wurde die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala CICIG gebeten sich dieses Falles anzunehmen.

---

## **Interamerikanische Menschenrechtskommission ordnet Schließung der Mine Marlin an**

Die Mine Marlin des Unternehmens Montana Exploradora, Tochtergesellschaft des kanadischen Unternehmens Goldcorp Inc., operiert seit dem Jahr 2005 im Departement San Marcos im westlichen Hochland Guatemalas und ist die größte ihrer Art in Zentralamerika. Seit dem Tag der Inbetriebnahme wuchs vor allem der Widerstand der umliegenden Gemeinden gegen dieses und andere Megaprojekte im Land, wobei diese vor allem das in der ILO –Konvention Nr. 169 verankerte Recht einfordert, frühzeitig über Projekte in ihren Territorien informiert und befragt zu werden.

Am 20. Mai diesen Jahres ordnete die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH die einstweilige Stilllegung der Mine Marlin an – zum Schutz der Bevölkerung, wie sie erklärte. Zudem forderte sie die Einsetzung von vorbeugenden Maßnahmen, um eine weitere Verschmutzung der Umwelt zu verhindern. Konkret betrifft das die Reinigung der Wasserquellen und im Weiteren die Behandlung von Krankheiten und gesundheitlichen Schäden, die möglicherweise durch die von der Mine verursachte Kontamination hervorgerufen wurden. „Das Leben und die physische Integrität der Bevölkerung muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein“ (Presseaussendung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, 20. Mai 2010).

Am 18. Juni besuchte der UN-Sonderbeauftragte für die Rechte indigener Völker, James Anaya, San Marcos und San Juan Sacatepequez. Anaya äußerte am Ende seines Besuches ebenfalls seine Befürchtungen über die negativen Auswirkungen der Mine Marlin auf die Bevölkerung und bekräftigte das Urteil der CIDH.

Nach anfänglicher Weigerung sah sich die Regierung zumindest formell zum Handeln gezwungen. Präsident Alvaro Colom erklärte am 24. Juni, der Empfehlung der Kommission Folge zu leisten zu wollen, und ordnete die Schließung der Mine an. Im gleichen Atemzug verkündete er den Rücktritt von Energie- und Bergbauminister Carlos Meany – der nach offizieller Version aus gesundheitlichen Gründen erfolgte (Prensa Libre, 24. Juni).

Das Urteil der Kommission und die Erklärung der Regierung taten dem Betrieb der Mine Marlin allerdings keinen Abbruch. Er ist nach wie vor aufrecht und die Aktivitäten zum Abbau von Gold und Silber nehmen ihren gewohnten Gang. Zudem habe die Regierung nach den von den Ministerien für Gesundheit, Umwelt sowie für Energie und Bergbau durchgeführten Untersuchungen offiziell anerkannt, dass der Abbau von Gold und Silber in der Mine Marlin weder Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Umwelt und die Wasserqualität, noch auf die Schäden an Häusern habe (Prensa Libre, 25. Juni). Dazu existieren zahlreiche Gegengutachten, wie etwa das der Universität von Michigan, die Spuren von Schwermetallen wie Blei, Zink, Kupfer und anderen toxischen Substanzen in Blut- und Urinproben bei Dorfeinwohnern, die in der Nähe der Mina Marlin wohnen, nachgewiesen haben (Prensa Libre, 24. Juni).

Schon vor der Inbetriebnahme der Mina Marlin machte jedoch die Bevölkerung öffentlich auf die potenzielle Gefahr aufmerksam, die der Abbau von Gold und Silber in der Nähe ihrer Dörfer birgt. (Solano, Guatemala petróleo y minería en las entrañas del poder, 2005, S. 110).

Der Widerstand gegen den Abbau natürlicher Ressourcen ist auf lokaler sowie auf nationaler Ebene in den letzten Jahren gewachsen. Die darin involvierte Bevölkerung beklagt in diesem Zusammenhang vor allem die Zunahme der Kriminalisierung ihres Kampfes, die erhaltenen Drohungen – welche seit der Anordnung der Schließung der Mine zunehmen- und die provozierte Spaltung der Gemeinden, da insgesamt um die 1900 Menschen direkt oder indirekt von der Beschäftigung in der Mine abhängig sind.

Ein tragischer Höhepunkt in diesem Kampf für Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben war der unlängst stattgefunden Mordanschlag am 7. Juli an Diodora Hernández Cinto, Mitglied der Widerstandsbewegung, aus der Gemeinde Maquivil. Sie wurde von zwei unbekanntem Männern angeschossen und trug schwere Verletzungen davon. Zurzeit ist es für sie aus Sicherheitsgründen unmöglich in ihr Haus zurückzukehren. Zu diesem Übergriff wurden Eilaktionen von diversen Organisationen verfasst, welche auf der Homepage der Guatemala-Solidarität und auf der Homepage von FIAN unter folgendem [LINK](#) abrufbar sind.

Am 28. Juli kam es zu einer erneuten Mobilisierung der BewohnerInnen von San Marcos in der Hauptstadt. 12 Personen reichten eine Anzeige gegen das Unternehmen Peridot ein, welches Ende der 1990er Jahre von Goldcorp angeheuert wurde, Land in der Region aufzukaufen, wobei zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Betrugsfälle nachgewiesen werden können. Der damalige Geschäftsführer dieses Unternehmens Erick Alvaréz ist der aktuelle Präsident des Obersten Gerichtshofs, der jüngst im Prozess zur Wahl des Staatsanwalts in seiner Funktion als Mitglied der Kommission, welche für die Auswahl der KandidatInnen für diesen Posten verantwortlich ist, in ein schiefes Licht geraten ist In diesem Prozess konnten zahlreichen PostulantInnen Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgewiesen werden.

VertreterInnen der insgesamt 18 betroffenen Gemeinden in den Bezirken San Miguel Ixtahuacan und Sipacapa halten mit Vehemenz an ihrer Forderung nach der sofortigen und dauerhaften Schließung der Mine Marlin fest. In ihrem Widerstand haben sie aber nicht nur gegen das Unternehmen vorzugehen, sondern sind, wie bereits erwähnt, auch stark von internen Spaltungen der Gemeinden und der Kriminalisierung betroffen. Unterstützung bekommen sie unter anderem auch durch die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und Álvaro Ramazzini, Bischof von San Marcos, der aufgrund seiner Beteiligung am Widerstand schon mehrmals bedroht wurde.

Ein etwas ausführlicher Bericht ist auf [www.guatemala.at](http://www.guatemala.at) abrufbar.

---

## Gemeinden des nördlichen Quiché im Widerstand

Am 5. Mai überreichten etwa 130 RepräsentantInnen der Bezirke Nebaj, Chajul, Cotzal, Cunen und Sacapulas des Departements Quiché ihre in den Gemeinden ausgearbeiteten Stellungnahmen dem Kongress, den StellvertreterInnen des Ministeriums für Bergbau- und Energie und dem Umweltministerium sowie einem Repräsentanten der Menschenrechtsombudsstelle. Ebenso informierten sie das Büro des UN-Hochkommissars, VertreterInnen der Internationalen Arbeitsorganisation und der internationalen JuristInnenkommission sowie zahlreiche diplomatische RepräsentantInnen über die besorgniserregende Lage in ihren Territorien. In ihren Manifesten verkündeten sie ihre totale Ablehnung der geplanten und bestehenden Megaprojekte in ihren Territorien und erheben Anklage darüber, dass sie bis heute nicht über diese Projekte informiert und konsultiert worden sind. Es handelt sich dabei um mehr als 15 Bergbaulizenzen, ebenso viele Lizenzen für die Konstruktion von Wasserkraftwerken und einer Lizenz für den Abbau von Erdöl.

Die Region Ixil war während des bewaffneten Bürgerkrieges der 1980er Jahre stark betroffen von der Politik der Verbrannten Erde und war Schauplatz zahlreicher Massaker und Landenteignungen. Die Planung zahlreicher der heute durchgesetzten Megaprojekte und die Aneignung der Territorien reichen in diese Zeit zurück und befinden sich teilweise in Händen ehemaliger Militärs.

Das Eingreifen von nationalen und transnationalen Unternehmen in ihre Territorien bringt eine Bedrohung ihres natürlichen Lebensraumes, Umweltverschmutzungen und das Austrocknen der Flüsse, eine Provokation sozialer Konflikte, sowie eine mögliche Zwangsumsiedlung der Bevölkerung mit sich.

Das Eingreifen von nationalen und transnationalen Unternehmen in ihre Territorien stellt eine Bedrohung ihres natürlichen Lebensraumes dar und hat Umweltverschmutzungen sowie das Austrocknen mehrerer Flüsse verursacht. Außerdem haben ihre Projekte in vielen Gebieten soziale Konflikte auf Ebene der Gemeinden provoziert sowie Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung mit sich gebracht.

In ihren Manifesten fordern die Gemeinden die sofortige Schließung der bereits existierenden Projekte, die Annullierung der bisher vergebenen Lizenzen sowie den Stopp weiterer Lizenzvergaben zum Abbau natürlicher Ressourcen in ihrem Territorium. Des Weiteren klagen sie den guatemaltekischen Staat an, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu verletzen und nie über diese Projekte informiert und konsultiert worden zu sein, obwohl dieses Recht in der guatemaltekischen Verfassung, in den Landesgesetzen (*Codigo Municipal*) sowie in zahlreichen internationalen Abkommen verankert ist.

Demnach sind in der guatemaltekischen Verfassung zahlreiche Richtlinien enthalten, wie das Recht auf Leben (Artikel 4), der Schutz der natürlichen Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts (Artikel 97) sowie der Schutz der indigenen Lebensformen und der indigenen

Einstellung zu Landbesitz und Besitztum. Außerdem wurden von Guatemala zahlreiche internationale Abkommen unterzeichnet, wie die Konvention 169 der ILO, in denen das Recht auf rechtzeitige Information und Konsultation der indigenen Bevölkerung über Projekte, die ihre Lebensweise beeinflussen, festgeschrieben ist.

Vor dem Besuch der Delegation aus dem nördlichen Quiché im Kongress gab es einen monatelangen Vorbereitungsprozess, im Laufe dessen es zu zahlreichen Versammlungen innerhalb sowie zwischen den Gemeinden kam, in denen Informationen ausgetauscht wurden und gemeinsam über Strategien und Vorgehensweisen diskutiert wurde.

Die Antworten der Ministerien auf die Manifeste fielen jedoch wie erwartet spärlich aus und verdeutlichen erneut die Priorität ökonomischer Interessen und den Unwillen der guatemaltekischen Regierung, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu respektieren.

Der Widerstand der Gemeinden des nördlichen Quichés ist einer von vielen im Land und verdeutlicht die Unzufriedenheit und den Missmut der ländlichen Bevölkerung gegenüber der neoliberalen Politik der Regierung.

Die Manifeste sowie weitere Informationen über die geplanten, bzw. bereits bestehenden Projekte können auf [www.resistenciadlp.webcindario.com](http://www.resistenciadlp.webcindario.com) abgerufen werden.

---

#### **Impressum Guatemala Solidarität Österreich**

Mumbgasse 1-3/49

1020 Wien

Tel: +43 1 728 6412

Tel-mobil: +43 699 813 79 567

Fax: +43 1 728 64 12

[guatesoli@gmx.at](mailto:guatesoli@gmx.at) [www.guatemala.at](http://www.guatemala.at)

Du kannst die Guatemala-Solidarität Österreich mit deinem Engagement, als förderndes Mitglied (20 Euro/Jahr) oder mit einer direkten Spende für eines unserer Projekte unterstützen.

Wir bitten um einen Vermerk auf dem Erlagschein Konto lautend auf Guatemala-Solidarität Österreich; Kontonummer: 5138 266 2001, BA-CA, BLZ 12000